
**CDU-Fraktion,
FDP-Fraktion, FWLG-Fraktion,
im Kreistag Göttingen**

Göttingen, den 19.03.2025

Interfraktionelle Resolution zur Sitzung des Kreisausschusses am 18.03.2025 sowie zur Sitzung des Kreistages am 19.03.2025.

Starke Kommunen für Deutschland!

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag des Landkreises Göttingen fordert den Bund und das Land Niedersachsen auf, umgehend Maßnahmen zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Kommunen zu ergreifen. Diese Forderung spiegelt die Kernanliegen des Deutschen Städtetags und des Niedersächsischen Landkreistags wider, die eine dringende Neujustierung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie eine Reform der Schuldenbremse fordern.

Der Kreistag Göttingen fordert, dass der Bund ein Aufgabenübertragungsverbot erlässt, um die bereits bestehende Überlastung der Kommunen nicht weiter zu erhöhen. Des Weiteren fordert er die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips, um sicherzustellen, dass die Kommunen nicht mit den Kosten für Aufgaben belastet werden, die ihnen von Bund oder Land übertragen wurden. Zudem ist eine grundlegende Neujustierung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen erforderlich, um eine gerechtere Verteilung der Steuereinnahmen und eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten. Schließlich muss die Schuldenbremse reformiert werden, um den Kommunen mehr Spielraum für dringend notwendige Investitionen in ihre Infrastruktur und Zukunftsfähigkeit zu geben.

Begründung:

Landkreise, Städte und Gemeinden befinden sich mitten in einer kommunalen Finanzkrise, die die Handlungsfähigkeit der Kommunen bedroht. Statt die Not der Kommunen ernst zu nehmen und mit den Mitteln auszustatten, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben vor Ort benötigen, kann vor Ort lediglich noch der Mangel verwaltet werden. Statt notwendiger Investitionen in die Infrastruktur, wird der Investitionsrückstand, der schon bei knapp 200 Milliarden Euro liegt, weiter steigen. Statt notwendiger Unterstützungen in den Bereichen Kultur, Sport, etc. heißt es Sparen und Haushaltssicherung. Damit werden Strukturen zerstört, die sich über Jahrzehnte bewährt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gestützt haben. Die Kommunen kümmern sich derzeit um 25 % der staatlichen Aufgaben, erhalten jedoch nur 14 % der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen. Damit sind die Kommunen am Limit ihrer Möglichkeiten angekommen. Die für Bund und Land oder auf Wunsch des Bundes oder des Landes zu erfüllenden Aufgaben sind mit

eigenen und dafür bereitgestellten Mitteln nicht mehr zu erfüllen. Die eigenen kommunalen Aufgaben werden immer stärker vernachlässigt, worunter insbesondere die Infrastruktur leidet und an Substanz verliert. Diese Entwicklung und die daraus entstehende Verschuldung der Kommunen gefährdet nicht nur die kommunale Handlungsfähigkeit, sondern auch die Lebensqualität der Menschen. Ein Umsteuern gegen die Finanznot ist deshalb zwingend erforderlich. Die kommunalen Spitzenverbände haben ausreichend Vorschläge unterbreitet. In einem ersten Schritt sollte ein Aufgabenübertragungsverbot (keine weiteren Aufgaben mehr für die kommunale Ebene) verhängt werden. Die Einhaltung des Konnexitätsprinzips muss sichergestellt sein oder anders gesagt: wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen. Umgehungstatbestände darf es nicht mehr geben. Die Kommunen sind bereit, die vielen Aufgaben, die vor Ihnen liegen, zu erfüllen. Dafür benötigen sie aber eine auskömmliche Finanzausstattung, die nicht mehr gegeben ist. Es braucht nun ein schnelles Umsteuern!

gez. Körner gez. Stiller gez. Rüngeling